

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

21. Jahrgang Berlin, den 14. Mai 1954 Nummer 20

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Anpassung des Marktzinseszinses an veränderte Ertragsbedingungen der westdeutschen Wirtschaft

Die Belastung der westdeutschen Wirtschaft mit Kreditkosten ist in der heutigen Phase eines zwar stetigen, aber verlangsamten Fortschritts für die Investition allgemein fühlbarer geworden. Der Leihzins in Westdeutschland ist im Vergleich zum Zinsniveau anderer Länder ähnlicher Struktur und ähnlicher konjunktureller Bedingungen relativ hoch. Auch gegenüber den Vorkriegsjahren und den ersten Jahren des Wiederaufbaus nach der Währungsreform kann von einem einschneidenden Abbau des heutigen Zinsniveaus trotz stark gesunkener Diskontsätze, niedriger Geldmarktsätze und elastischer Geld- und Kreditpolitik kaum gesprochen werden.

Gründe des hohen Leihzinseszinses in der Preiskonjunktur

Notwendigkeit und Zwang, das allgemeine Zinsniveau hoch zu halten, waren in gewissem Umfange in den auf die Währungsreform folgenden Jahren einer starken Expansion der westdeutschen Wirtschaft und der damals zunächst geringen Fähigkeit und Neigung, freiwillig Ersparnisse aus gegebenem Einkommen zu bilden, eindeutig gegeben. Dem sollte unter anderem durch eine straffe Zinspolitik Rechnung getragen werden.

Die Tatsache, daß damals die Investition der freiwilligen Ersparnisbildung ständig vorauselte und somit meist eine stark expansive Konstellation bestand, ermöglichte auch „marktwirtschaftlich“ den hohen Leihzins, ohne daß allerdings die restringierende Wirkung des relativ hohen Zinseszinses überschätzt werden durfte; denn dieser Leihzins spielte trotz seiner Höhe als Kostenfaktor für die Investition damals keine Rolle, mit Ausnahme bestimmter Bereiche der Wirtschaft (Wohnungsbau, Bergbau, Energie), die auf Grund von Preisbindungen usw. an den Vorteilen der Preiskonjunktur (hohe Gewinne und Kapitalbildung aus Gewinnen) nicht teilnehmen konnten und infolgedessen auf wirtschaftsfremde, zumeist staatliche Mittel angewiesen waren, sofern ihr Investitionsbedarf realisiert werden sollte.

In allen übrigen Bereichen der industriellen Erzeugung und des Handels stammten die Finanzierungsmittel für neue Investitionen fast ausschließlich aus der Wirtschaft selbst, da weder die privaten noch die Öffentlichen Haushalte nennens-

werte Sparbeträge bereitstellten. Die Schuldnerzinsen für in Anspruch genommene Bankenkredite — der wichtigsten Finanzierungsform der Investition in dieser Phase — flossen daher als Gläubigerzinsen überwiegend wieder der Wirtschaft selbst und nicht den Haushalten zu.

Gründe für den Abbau des Leihzinseszinses in der Mengenkonjunktur

Diese Konstellation hat sich bekanntlich heute grundlegend gewandelt. Die Anlage-Investition ist zwar ständig weiter gewachsen und zeigt in der ersten Hälfte dieses Jahres sogar erfreuliche Ansätze zur Überwindung gewisser Schwächetendenzen, die im Verlauf des vergangenen Jahres sichtbar geworden waren, aber die Spanne zwischen Nettoinvestition und Nettoersparnis der Haushalte ist durch das erfreulich starke Wachstum der freiwilligen Sparung aus Nicht-Unternehmer-Einkommen — unterstützt durch die anhaltende und allerdings konjunkturell bedenkliche Ersparnisbildung der Öffentlichen Hand — kleiner geworden. Damit hat sich auch die Nettogewinnsumme (Kapitalbildung) der Unternehmer, deren Höhe letztlich durch diese Spanne zwischen Nettoinvestition und Nettoersparnis bestimmt wird, verringert. Für das Fortschritts-tempo und für die Kardinalfrage, Fortschritt oder kein Fortschritt, ist aber jetzt wieder die Höhe dieser Spanne von entscheidender Bedeutung.

Das Problem der für den erwünschten Fortschritt richtigen Spanne ist jedoch mit der in jedem Fall nur ex post zu treffenden Feststellung, die Spanne zwischen Nettoinvestition und Nettoersparnis sei zu groß oder zu klein, nicht erfaßt

und schon gar nicht gelöst. Eine große Spanne als Symptom eines starken Aufschwungs und als Symptom einer forcierten Kapitalbildung der Unternehmer bei entsprechend geringer Kapitalbildung aus Haushaltersparnissen muß nicht unbedingt auch Ausdruck eines inflatorischen Prozesses sein und muß auch nicht notwendigerweise zu einem inflatorischen Prozeß führen. Dies hat das westdeutsche Beispiel der ersten Wiederaufbaujahre in überzeugender Eindeutigkeit gezeigt. Umgekehrt muß eine Verringerung dieser Spanne und schließlich eine kleine Spanne als Ausdruck einer verstärkten Kapitalbildung aus Nicht-Unternehmer-Einkommen ebensowenig Ausdruck eines deflatorischen Prozesses sein bzw. zu einem deflatorischen Prozeß führen. Auch hierfür bietet die westdeutsche Entwicklung der letzten Jahre bis zur Gegenwart ein anschauliches Beispiel.

Das konjunkturelle Problem einer geringer werdenden Spanne zwischen Nettoinvestition der Unternehmer und Nettoersparnis der Nicht-Unternehmer liegt jedoch weniger darin, daß diese Spanne an sich und grundsätzlich positiv zugunsten der Investition bleiben muß, sofern der wirtschaftliche Fortschritt gewährleistet bleiben soll, sondern das eigentliche Problem ist, daß auch eine positive, aber kleiner werdende Spanne nicht mehr ausreichen kann, um die Investition weiter vorwärts zu treiben, obwohl die Ersparnisbildung zunimmt. Bei einer derartigen Konstellation, die keineswegs etwas mit den Vorstellungen der sog. „mature economy“ zu tun hat, kann zwar der Investitionsbedarf durchaus hoch sein, aber die Gewinnerwartungen der Unternehmer werden auf Grund der tendenziell rückläufigen Gewinne hier zu gering und das Mißverhältnis zwischen eigenen und fremden Mitteln wird zu groß, um das notwendige Wachstum der Wirtschaft durch neue, mit fremden Mitteln zu finanzierende Investitionen zu gewährleisten.

Dies konjunkturelle Stadium, in dem trotz insgesamt positiver Spanne zwischen Nettoinvestition und Nettoersparnis, also insgesamt noch bestehendem Nettogewinn der Unternehmer, die Investition als Ganzes nachläßt oder nicht mehr in dem Tempo wächst, um das Wachstum der Wirtschaft sicherzustellen, wird um so früher erreicht, je ausgeprägter die Differenzierung der Gewinnbildung für die einzelnen Unternehmer bzw. für einzelne Wirtschaftsbereiche in der Phase der vorangegangenen stärkeren Expansion war.

Während in der Preiskonjunktur, also bei größer werdender Spanne zwischen Nettoinvestition und Nettoersparnis die Differenzierung der Gesamtgröße Nettogewinn als zusätzlicher Faktor eines beschleunigten Fortschritts wirkt und dabei gleichzeitig allerdings auch zur Disproportionalität der Erzeugung beiträgt, wird die starke Streuung des Nettogewinns bei verlangsamtem Fortschritt, also im Rahmen der sog. Mengenkonjunktur, unter Umständen zu der ent-

scheidenden Ursache dafür, daß der Fortschritt überhaupt und vorzeitig gebremst wird, obwohl die Voraussetzung eines weiteren Wachstums von der Finanzierungsseite her, d. h. der ausreichenden Bereitstellung echter Ersparnis für die Investition gerade dann in ausreichendem, ja hohem Maße erfüllt ist. Negativ als vorzeitige und unerwünschte Bremse wirkt diese Gewinndifferenzierung jetzt deshalb, weil der rückläufige Nettogewinn der Wirtschaft nicht Ausdruck einer mehr oder weniger gleichmäßigen Gewinnreduzierung in allen Bereichen der Wirtschaft, sondern in Wirklichkeit mehr und vor allem Ausdruck von Verlusten ist, die in bestimmten Bereichen der Wirtschaft entstehen, wenn der allgemeine Fortschritt nachläßt. Von den bereits auf der Verlustseite stehenden oder sich der Verlustseite nähernden Unternehmungen kann ein zunehmender Druck auf die noch unter Gewinn stehenden Unternehmungen ausgeübt werden, der schließlich auch diese gesunden Bereiche der Wirtschaft in ihren Investitionsentscheidungen negativ beeinflussen kann.

Die westdeutsche Wirtschaft steht heute unter konjunkturellen Bedingungen, die vor allem durch die hohen Ausfuhrüberschüsse das Problem einer zu starken Verringerung der Spanne zwischen Nettoinvestition und Nettoersparnis vorerst als nicht aktuell erscheinen lassen. Tatsächlich beansprucht jedoch eine der Kernfragen dieses Problems, nämlich die Frage der Anpassung des Marktzinses an die veränderte Ertragssituation der Wirtschaft gerade heute hohe Beachtung. Die Lösung dieser Frage kann ebensowenig wie andere Probleme einer angemessenen Preis-Kosten-Relation nicht erst dann in Angriff genommen werden, wenn sich der Fortschritt stärker als erwünscht verlangsamt, sondern sie muß vorher, d. h. rechtzeitig genug gelöst werden, um eine unerwünschte Verlangsamung im Fortschrittempo vorbeugend zu verhindern.

Die Notwendigkeit dieser Anpassung des Leihzinses ergibt sich aus folgendem: Die wachsende Fremdfinanzierung bei verringerter Selbstfinanzierung der Wirtschaft bedeutet in jedem Fall — gleichgültig ob der Leihzins hoch oder niedrig ist — für die investierende Wirtschaft eine wachsende Zinslast; ein nachgebender Zins verringert diese Zinslast. Es ergibt sich ferner, daß das an sich schon in vielen Bereichen der westdeutschen Wirtschaft bestehende Mißverhältnis zwischen der zu geringen Eigenkapitalbasis und den fremden Mitteln verschärft anstatt normalisiert wird. Dieses Mißverhältnis zwischen eigenen und fremden Mitteln verhindert oder erschwert weiter die Kreditversorgung der trotz wachsender Zinslast noch investitionsbereiten Unternehmungen, da die Kreditinstitute in diesem Fall, auch wenn ihr Kreditpotential auf Grund wachsender Geldkapitaleinlagen und ausreichender Liquidität zunimmt, neue Kredite versagen müssen.

Hemmungen des Zinsabbaus

Die Schwierigkeiten und Hemmungen einer elastischen Anpassung des Leihzinses an veränderte Ertrags- und Marktbedingungen der Unternehmungen liegen in Westdeutschland zu einem wesentlichen Teil in gewissen Anomalien der Zinsstruktur, die wiederum das allgemeine Zinsniveau durch die Verhärtung einzelner Zinssätze im Zinsgefüge auch dann noch hoch halten, wenn eine nachgebende Zinsgestaltung in Wirklichkeit marktkonform wäre.

Der im wesentlichen unverändert hohe Kreditbedarf der westdeutschen Wirtschaft läßt den hohen Schuldnerzins zunächst als notwendig und damit auch als marktkonform erscheinen. Da jedoch dieser hohe, überwiegend von den Banken und Geldinstituten gedeckte Kreditbedarf heute nicht mehr wie früher Merkmale einer unerwünschten Kreditexpansion zeigt, sondern von einer entsprechenden Geldkapitalbildung der privaten und Öffentlichen Haushalte begleitet wird, ist dieser Kreditbedarf im wesentlichen ein Symptom für die noch immer fehlenden Ausweichmöglichkeiten der Wirtschaft auf andere Finanzierungsquellen (Wertpapiermarkt). Die

vermeintliche Marktentprechung des Sollzinses der Banken erscheint unter diesem Aspekt nicht überzeugend. Jeder Versuch, die Ausweichmöglichkeiten für die Wirtschaft auf andere Finanzierungsquellen, wie vor allem auf den Wertpapiermarkt, durch Zinssenkungen in diesen Finanzierungsbereichen zu erleichtern, wird jedoch erschwert, wenn neben der Konkurrenz der Öffentlichen Hand in diesem Bereich auch der Bankenzins nicht nachgibt. Dieses Nachgeben müßte selbstverständlich Aktiv- und Passiv-Zinsen der Banken in gleicher Weise umfassen. Erfolgt kein genereller Abbau des Bankzinsniveaus auf der Soll- und Habenseite, d. h. beschränkt man sich weiter auf das Verfahren, den Bankenzins durch graue Sätze jeweils marktkonform zu machen, dann wird das Zinsproblem für die westdeutsche Wirtschaft aufgeschoben, aber nicht gelöst. Denn gerade das, was durch ein Nachgeben des Bankzinses erleichtert werden könnte, nämlich eine zugunsten der Wertpapieranlage wirkende Erweiterung der Spanne zwischen den Zinserträgen aus der Kontenanlage und den Erträgen der Wertpapieranlage wird durch das Hochhalten des Bankzinses verhindert.

Der westdeutsche Arbeitsmarkt im Frühjahr 1954

Dem ungewöhnlichen Verlauf der Witterung des letzten Winters, der durch einen abnorm milden Dezember und einen besonders kalten Februar gekennzeichnet war, entsprach ein im Vergleich zu den vergangenen Jahren besonders heftiger Saisonanstieg der westdeutschen Arbeitslosenzahlen im ersten Quartal 1954. Sie erreichten ihr Maximum mit 2,04 Millionen Ende Februar und lagen damit um rd. 140 000 über dem Höchststand des Vorjahres (Mitte Februar 1953), fielen jedoch, als es möglich wurde die Außenarbeiten wieder aufzunehmen, im März um 614 800 und im April um weitere 158 900 ab und übertrafen danach den Stand vom 30. April 1953 nur noch um rd. 34 100.

Von der gesamten winterlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit, die im Bundesgebiet von Ende September 1953 bis Ende Februar 1954 rd. 1,1 Millionen betragen hatte, waren also bis Ende März 56 vH, bis Ende April bereits 70 vH abgebaut. Regional betrachtet ergeben sich hierbei jedoch erhebliche Abweichungen der einzelnen Länder vom Bundesdurchschnitt. Die Prozentsätze des Abbaus der Winterarbeitslosigkeit schwankten Ende März zwischen 41 vH in Bayern und 71 vH in Baden-Württemberg, Ende April — nachdem Bayern stark aufgeholt hatte (auf 68 vH) — zwischen 57 vH in Bremen und 81 vH in Baden-Württemberg. Diese Abweichungen sind teils durch klimatische Unterschiede, teils durch Unterschiede der Wirtschaftsstruktur bedingt.

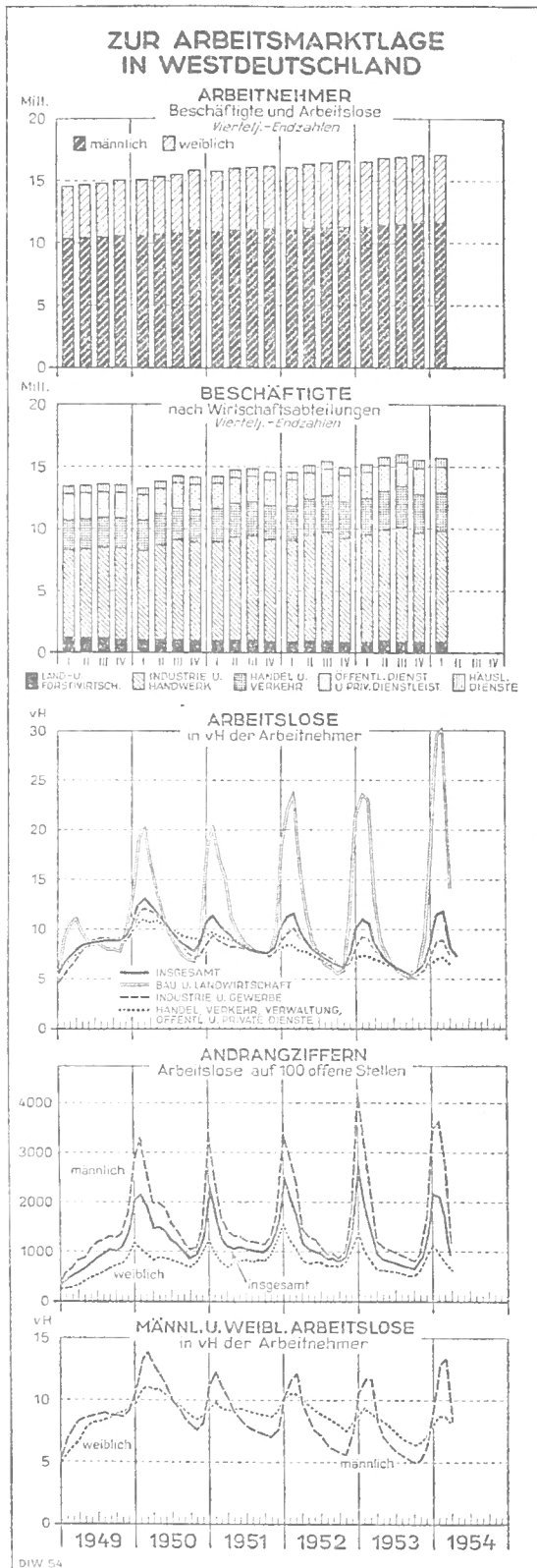
Nach einer Schätzung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die den Anteil der verschiedenen Arten der Ar-

beitslosigkeit (fluktuierende, saisonale, konjunkturelle, strukturelle und restliche Arbeitslosigkeit zu bestimmen suchte¹), betrug die saisonale Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet Ende Januar 1954 rd. 960 000 oder 48 vH der Gesamtzahl. Nimmt man an, daß von den im Laufe des Februar hinzugekommenen 52 600 Arbeitslosen etwa 40 000 aus witterungsbedingten Gründen ihre Beschäftigung verloren haben, so ist demnach die saisonale Arbeitslosigkeit des letzten Winters auf rd. eine Million zu veranschlagen, d. h. die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit dem Tiefpunkt von Ende September 1953 bis zum Höchststand Ende Februar 1954 ist zu mehr als 90 vH auf jahreszeitliche Ursachen zurückzuführen.

Die restliche Zunahme erklärt sich größtenteils aus dem laufenden Zustrom neuer Arbeitskräfte. Aus dem Anstieg der Beschäftigtenzahl im Laufe des ersten Vierteljahres 1954 um 161 000 und dem gleichzeitigen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 97 400 ergibt sich Ende März eine Ausweitung des Arbeitskräftepotentials von 63 600 gegenüber Ende Dezember 1953, während in den drei vorangegangenen Jahren die Gesamtzahl der Arbeitnehmer (Beschäftigte + Arbeitslose) im ersten Quartal jeweils abgenommen hatte (1951: — 39 800, 1952: — 73 700, 1953: — 2700²). Die Veränderung der Bewegung gegenüber den Vor-

¹ „Die Arbeitslosigkeit nach den Hauptarten ihrer Verursachung in der Bundesrepublik Deutschland“. In: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Nr. 3 vom 25. 3. 1954.

² Unter Berücksichtigung der ab März 1953 nicht mehr in die Beschäftigtenstatistik einbezogenen Heimarbeiter.



jahren dürfte in der Hauptsache auf die verstärkte Zuwanderung von Sowjetzonenflüchtlingen im Laufe des Jahres 1953 und ihre fortschreitende Eingliederung in die westdeutsche Wirtschaft zurückzuführen sein.

Die saisonübliche, von der Bauwirtschaft ausgehende Belebung der Wirtschaftstätigkeit konnte sich in diesem Jahr besonders rasch und kräftig auswirken, da aus dem Vorjahr ein beträchtlicher Überhang nicht fertiggestellter Bauten vorhanden war und die Finanzierung der Bauplanungen für 1954 weitgehend gesichert ist. Von der oben erwähnten Gesamtabnahme der Arbeitslosigkeit um 614 800 im Laufe des März entfielen allein auf die Berufe der Bauwirtschaft (einschl. Steingewinner und -verarbeiter) und die Berufe der Landwirtschaft, also die eigentlichen Außenberufe, 466 800 oder 76 vH. Wegen der Rückwirkung der Wiederbelebung der Bautätigkeit auf andere Wirtschaftszweige, insbesondere die Metall- und Holzverarbeitung, wird man einen großen Teil des Rückgangs der Arbeitslosenzahlen in den entsprechenden Berufen (Metallerzeuger und -verarbeiter: — 29 100, Holzverarbeiter: — 22 000) im März dem Abbau der Saisonarbeitslosigkeit zurechnen können. Berücksichtigt man ferner die Witterungsabhängigkeit einiger Verkehrsberufe, so kann angenommen werden, daß sich die Saisonarbeitslosigkeit bis Ende März gegenüber ihrem auf rd. eine Million geschätzten höchsten Stand bereits auf weniger als die Hälfte verringert hatte.

Besonders bemerkenswert an der Entwicklung des westdeutschen Arbeitsmarktes ist die Tatsache, daß in einigen vorwiegend der Investitionsgüterwirtschaft zuzurechnenden Berufsgruppen (Metallerzeuger und -verarbeiter, Holzverarbeiter, Elektriker, Glasmacher) die Arbeitslosenzahlen von Ende März 1954 bereits unter den entsprechenden Zahlen des Vorjahres lagen. Diese Feststellung sowie die gegenüber dem Vorjahr erheblich niedrigere Zahl der Kurzarbeiter in der Eisen- und Metallwirtschaft (10. März 1953: 70 300, 10. März 1954: 14 300) lassen darauf schließen, daß in bezug auf die verbesserte Beschäftigungslage in den Investitionsgüterindustrien neben jahreszeitlichen auch konjunkturelle Impulse wirksam waren. Weniger günstig im Vergleich zum Vorjahr lagen die Beschäftigungsmöglichkeiten in einigen Verbrauchsgüterindustrien, insbesondere beim Textil- und Bekleidungsgewerbe. Trotz der mit dem Ostergeschäft zusammenhängenden jahreszeitlichen Belebung war die Zahl der arbeitslosen Textilarbeiter Ende März 1954 um 7 300 höher als Ende März 1953.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.
Wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Rolf Wagenführ, Dr. Eduard Wolf.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniensstr. 2
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung) im Inland DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit †)	1953												1954		
			Jan.	Febr.	März	April	Mat	Juní	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Anzahl der Werktage:			25,9	24	26	24	23	25,2	27	25,8	26	27	24,1	25	24,8	24	27
Bank deutscher Länder	BRD	Mill. DM	E														
Goldbestand 1)	"	"	"	694,7	774,8	774,8	774,9	879,9	879,9	941,2	1035,5	1086,6	1184,9	1272,8	1367,8	1429,4	1551,2
Guthaben in ausl. Währung 1)	"	"	"	3947,3	4149,5	4267,4	4584,7	4738,2	5052,1	5451,8	5719,6	5781,4	6000,6	6190,4	6497,2	6816,9	7011,1
Inlandswechsel	"	"	"	2342,7	2234,4	2053,7	1524,9	1482,4	1413,0	1330,8	1328,3	1534,4	1413,2	1266,1	1875,7	1366,0	1291,8
Lombardforderungen	"	"	"	431,5	516,7	506,6	560,1	371,3	356,9	357,8	325,6	341,4	309,1	397,8	168,9	263,8	228,3
Forderung geg. d. öff. Hand.	"	"	"	4124,9	4020,3	4286,6	4734,3	4686,9	4508,3	4568,1	3988,4	3839,6	3660,1	3434,4	3038,4	2572,9	2387,9
Einlagen, insgesamt	"	"	"	1580,5	1480,5	1608,4	1608,6	1588,4	1543,8	1685,8	1458,9	1436,3	1319,7	1249,3	1796,2	1254,6	1277,6
Zahlungsmittelumlauf 2)	"	"	"	11096	11335	11396	11573	11576	11659	11882	11971	12136	12240	12282	12435	12128	12281
Geldvolumen	BRD	Mill. DM	S														
Insgesamt 3)	"	"	"	34283	34718	34905	35415	35333	35670	36294	37189	37679	37500	38078	39503	39332	39609
dar. Bankeinlagen 4)	"	"	"	24194	24395	24595	24880	24837	25105	25503	26330	26662	26351	26952	27531	27665	27724
dar. Sichteinlagen	"	"	"	13637	13737	13864	13703	14144	14475	14388	14973	15253	15151	15811	16567	16480	16581
Nichtausgewies. öff. Giroguthab.	"	"	"	2133	2242	2014	1561	1610	1817	1726	2211	2453	2493	2635	3003	3710	3810
Geschäftsbanken	BRD	Mill. DM	E														
Einlagen (einschl. v. Kreditinst.)	"	"	"	30679	31709	32131	33445	34494	34859	35791	36400	36638	370291	37904	38722	39867	40825
Kurzfristige Forderungen	"	"	"	21039	21597	21973	22736	23149	23476	24204	24001	24488	247981	24938	24872	25990	26070
Reservesatz (Verhältnis d. Bar- reserven zu den Sichteinlag.)	"	vH	"	20,3	19,8	19,8	19,7	20,9	21,2	21,0	22,3	21,3	21,3	21,1	27,7	20,8	22,2
Finanzen	BRD	Mill. DM	S														
Kassenmaß. Einnahm. a. Steuern, Zölle und Abgaben, insgesamt 5)	"	"	"	15) 2488,7	1856,3	2910,7	2057,1	1998,6	3096,8	2401,0	2095,3	3031,2	2237,1	2155,7	3227,7	2495,8	1804
Besitz- und Verkehrsteuern 6)	"	"	"	15) 1906,4	1370,8	2388,3	1577,4	1534,3	2575,6	1848,0	1565,3	2500,0	1679,1	1621,6	2698,7	1942,3	2497
Lohnsteuer	"	"	"	15) 416,7	283,6	247,2	251,8	316,6	337,7	332,5	301,5	292,0	333,9	312,8	824,1	402,9	271
Veranl. Einkommensteuer	"	"	"	15) 278,0	192,6	735,7	274,3	237,6	797,8	311,8	235,6	719,4	229,8	169,1	688,7	204,9	135
Umsatzsteuer	"	"	"	15) 905,6	637,2	603,6	748,3	691,0	682,1	795,5	736,8	712,8	818,1	789,5	744,8	966,0	640
Körperschaftsteuer	"	"	"	15) 110,6	82,2	588,0	127,6	89,7	515,1	106,5	85,7	526,3	91,5	75,2	591,9	103,1	65
Zölle und Verbrauchsteuern	"	"	"	15) 582,3	485,5	822,4	479,7	464,3	521,2	553,0	530,3	531,3	557,9	534,1	529,9	553,5	437
Spareinlagen	BRD	Mill. DM	S														
Insgesamt	"	"	"	7729,6	7986,0	8197,4	8447,7	8659,4	8902,4	9125,8	9375,4	9613,9	9976,8	10312,3	11240,9	12012,8	12760,4
dar. Kreditbanken	"	"	"	1116,5	1138,9	1162,6	1190,6	1214,3	1248,6	1262,4	1288,7	1316,5	1357,8	1396,3	1652,5	1734,3	1802,8
Sparkassen	"	"	"	5055,4	5229,6	5375,0	5549,4	5691,2	5842,6	5993,8	6162,0	6314,4	6556,3	6787,0	7326,3	7845,3	8389,1
Kreditgenossenschaften	"	"	"	1164,3	1201,0	1226,3	1258,1	1287,9	1320,0	1353,2	1391,0	1430,4	1484,7	1530,2	1637,7	1760,4	1855,5
Postsparkassenämter	"	"	"	354,2	376,3	392,5	407,7	423,0	447,7	471,8	488,3	507,4	527,3	547,3	568,2	613,3	641,0
Saldo der Gut- und Lastschriften	"	"	"	+ 258,3	+ 222,4	+ 190,5	+ 232,5	+ 194,6	+ 217,9	+ 198,4	+ 230,1	+ 216,7	+ 339,8	+ 313,1	+ 720,9	+ 671,2	+ 701,8
Emissionen	BRD	Mill. DM	S														
Aktien	"	"	"	24,0	9,2	61,0	1,9	31,9	51,0	5,1	9,7	21,4	36,3	6,0	29,5	31,5	20,1
Langfr. Schuldverschreibungen 6)	"	"	"	157,5	80,5	227,5	130,5	152,0	217,5	296,5	341,0	174,3	370,0	340,4	562,9	266,2	496,9
Boden- und Kommunal- Kreditinstitute	BRD	Mill. DM	E														
Umlauf an Schuldverschreibung. dar.	"	"	"	2082	2168	2260	2378	2440	2543	2637	2731	2828	2989	3140	3443	3675	.
Hypotheken-Pfandbriefe	"	"	"	1531	1590	1667	1749	1799	1837	1901	1962	2041	2159	2258	2454	2590	.
Kommunalobligationen 7)	"	"	"	514	540	553	588	599	660	688	722	740	780	829	936	1032	.
Darlehensbestand, insgesamt 8)	"	"	"	5977	6109	6240	6458	6655	6879	7056	7338	7599	7865	8119	8494	8657	.
Deckungsdarlehen	"	"	"	2997	3090	3175	3277	3362	3477	3600	3729	3843	3953	4072	4304	4406	.
Darlehen aus öfftl. Mitteln	"	"	"	2077	2115	2155	2204	2263	2327	2413	2496	2572	2649	2701	2739	.	.
Sonstige Darlehen	"	"	"	903	904	909	977	1030	1080	1129	1193	1260	1341	1398	1478	1511	.
Kreditsicherheit	BRD	Anzahl 1000 DM	S														
Wechselproteste bei Kredit- instituten und Postanstalten 9)	"	"	"	31992	31778	36531	37621	41715	41528	41807	38285	38979	41519	39486	42648	38877	37472
Vergleichsverfahren	"	"	"	18147	18399	22106	20783	23179	23995	23693	21906	22177	24303	23941	26509	23088	21413
Konkurse 10)	"	"	"	101	88	105	110	100	129	115	103	118	80	105	103	100	108
Aktienkursniveau 15)	BRD		E														
Kursdurchschnitt für Grundstoffindustrien	"		"	77,41	74,69	73,98	73,76	72,02	72,85	73,62	80,63	87,87	92,99	89,67	88,87	90,92	96,06
Eisen- und Metallbearbeitung	"		"	100,51	97,73	96,59	95,79	96,24	96,02	100,22	106,48	108,47	110,80	109,76	109,54	113,39	116,82
Sonstige verarbeit. Industrien	"		"	97,60	95,55	93,29	92,58	91,73	92,75	94,34	98,07	100,34	103,07	104,66	106,60	111,88	113,97
Handel und Verkehr	"		"	91,49	90,10	90,73	89,73	89,92	90,96	92,47	94,51	98,93	103,92	105,12	105,77	108,52	111,09
Industrie, Handel u. Verkehr zus.	"		"	85,82	83,42	82,60	82,11	81,08	81,86	83,28	88,85	94,16	98,46	97,03	97,01	99,95	103,96
Kurse der 4 % Wertpapiere	BRD	vH	E														
Kursniveau, insgesamt	"	"	"	83,22	83,42	83,16	82,57	81,77	81,20	80,87	79,89	79,73	79,58	79,47	79,15	79,39	79,95
Pfandbriefe der Hyp.-Banken	"	"	"	84,47	84,54	84,14	83,27	82,02	80,98	80,29	78,54	78,22	77,83	77,11	76,16	76,29	76,74
Kommunalobligationen der öf. rechtl. Kreditanst.	"	"	"	83,79	84,06	84,08	84,08	84,04	84,00	84,00	84,00	84,00	83,85	83,83	83,83	83,83	83,83
Industrieobligationen	"	"	"	80,48	80,68	80,61	80,31	80,06	80,29	80,70	80,86	81,03	81,46	82,55	83,67	84,38	85,93
Anßenhandel	BRD 14)	Mill. DM	S														
Einfuhr, insgesamt	"	"	"	1353	1177	1277	1252	1237	1338	1284	1244	1359	1433	1475	1581	1313	1214
Ausfuhr, insgesamt	"	"	"	1262	1228	1474	1526	1428	1554	1564	1499	1509	1724	1645	2094	1501	1508
Saldo 14)	"	"	"	-91	+ 51	+ 197	+ 274	+ 191	+ 216	+ 280	+ 255	+ 150	+ 291	+ 170	+ 513	+ 188	+ 294
Einfuhrvolumen 12)	"	"	"	1220	1055	1163	1167	1146	1272	1208	1195	1320	1424	1444	1551	1304	1209
Ausfuhrvolumen 12)	"	"	"	1005	971	1178	1226	1170	1251	1277	1226	1251	1446	1363	1723	1251	1250
Terms of Trade 13)	"	vH	D	113,5	113,4	113,6	116,8	113,0	119,0	116,0	117,3	117,5	117,8	118,6	119,6	118,8	121,0
Einfuhr:	"																
Güter der Ernährungswirtsch.	"	Mill. DM	S	460	425	464	444	446	521	461	422	484	530	553	643	488	489
Rohtstoffe	"	"	"	492	383	426	443	442	450	428	405	436	428	451	442	422	372
Halbwaren	"	"	"	184	185	176	158	160	180	197	237	230	238	237	257	206	161
Fertigwaren	"	"	"	217	184	212	207	190	192	198	179	210	236	233	240	188	191
davon: Vorerzeugnisse	"	"	"	145	118	124	121	107	107	110	100	120	134	135	129	117	113
Enderzeugnisse	"	"	"	72	66	88	86	83	85	87	79	90	102	98	111	81	78
Ausfuhr:	"																
Güter der Ernährungswirtsch.	"	"	"	29	82	58	36	35	33	27	30	31	47	48	68	39	37
Rohtstoffe	"	"	"	107	102	126	115	113	130	134	128	124	137	129	143	132	112
Halbwaren	"	"	"	217	192	224	228	219	211	224	250	228	235	233	263	218	194
Fertigwaren	"	"	"	909	905	1069	1148	1062	1185	1182	1092	1126	1305	1235	1620	1114	1165
davon: Vorerzeugnisse	"	"	"	233	226	253	276	247	272	293	289						

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1952 Dez.	1953												1954	
				Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Anzahl der Werktage:			24,5	25,9	24	26	24	23	25,2	27	25,8	26	27	24,1	25	24,8	24
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit																	
Beschäftigte 1)	BRD	1000	E	14953	15205	15205	15205	15205	15806	16044	16044	16044	16044	15597	15597	15597	15597
darunter weibliche 2)	BRD	vH	"	751	742	754	767	758	764	777	783	787	785	778	761	746	736
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern 3)	BRD	1000	"	1688	1811	1393	1234	1156	1073	1013	968	941	964	1121	1525	1990	2042
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern 4)	BRD	vH	"	268	250	239	245	245	239	225	219	208	206	210	223	228	233
Unterstützte Arbeitslose 5)	BRD	1000	"	1370	1591	1581	1211	1054	973	909	866	811	796	806	912	1227	1683
Arbeitsunfähige Kranke 6)	BRD	"	"	197	194	188	176	174	173	170	159	151	147	147	153	167	181
Offene Stellen b. d. Arb.-Ämtern	BRD	"	"	518	847	847	502	476	469	499	514	526	540	557	519	639	94
" "																	

*) BRD = Bundesrepublik Deutschland, W-B = West-Berlin, †) E = Monatsende, S = Monatssumme, D = Monatsdurchschnitt. — Kursive Zahlen: Vorläufig oder geschätzt. — o) Berichtigte Zahl.
1) Arbeiter, Angestellte und Beamte. — 2) Von März 1952 ab einschl. anerkannte politische Flüchtlinge ohne Zuzug. — 3) Arbeitnehmer: Beschäftigte und Arbeitslose. — 4) Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und -fürsorge. — 5) Versicherungspflichtige Mitglieder der sozialen Krankenversicherung. — 6) Nach der Industrieerhebungsstatistik. Ohne Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke und Bauindustrie. Ab Januar 1954 neuer Firmenkreis, daher nicht ohne weiteres mit dem Vormonat vergleichbar. — 7) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. — 8) Tatsächlich geleistete Arbeiterstunden je Arbeiter. — 9) Ohne Energiewirtschaft und Bauindustrie. — 10) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrie. — 11) Von Febr. 1953 ab ohne Heimarbeiter. — 12) Von März 1953 ab ohne Heimarbeiter.
Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin.